

**BASLER**

# FREISINN

**Gemeinsam weiterkommen.**

**Im Fokus:  
Corona**

**«Einer für alle – alle für einen»**

Die Schweiz durchlebt schwierige Wochen, und schwierige Monate stehen uns noch bevor. Mehr denn je ist jetzt die FDP gefordert. Die Gedanken unserer Parteipräsidentin Petra Gössi zur Corona-Krise.

Seiten 10 und 11

**So erleben unsere Bundesräte Corona**

In der Corona-Krise stehen auch unsere freisinnigen Bundesräte an vorderster Front. Im Interview erzählen Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis, wie sie damit persönlich umgehen und in welchen Bereichen sie nun ganz besonders gefordert sind.

Seite 12

**Vorwärtsstrategie ist alternativlos**

Die Auswirkungen des Coronavirus auf die Schweiz sind schwerwiegend. Die Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft sind immens. Fraktionspräsident Beat Walti zeigt auf, was es jetzt braucht, damit die Schweiz möglichst schnell aus der Krise findet.

Seite 14

**Kommen Sie an den FDP-Wandertag!**



Seite 24



## Der Wert der Freiheit

**Freisinnige sind jetzt besonders gefragt**

Das Coronavirus hat in atemberaubendem Tempo viele unserer Freiheiten temporär ausser Kraft gesetzt. Das sollte uns lehren, dass diese Freiheiten nicht selbstverständlich sind, sondern stets aufs Neue erkämpft und verteidigt werden müssen.

Politische Mühlen mahlen für gewöhnlich langsam. Wenn es aber darauf ankommt, können die Mühlen so richtig Fahrt aufnehmen. So geschehen, seit Covid-19 begonnen hat, unser aller Leben zu dominieren. Innert kürzester Zeit wurden mittels

Notrecht einschneidende Massnahmen beschlossen. Und während wir noch daran waren, diese zu erfassen und zu verstehen, wurden bereits die

*Fortsetzung auf Seite 3*

# Inhalt

- 3 Über den Wert der Freiheit
- 4 Gespräch mit Baschi Dürr
- 6 Renteninitiative
- 7 Aus dem Grossen Rat
- 8 Vermischtes
- 9 Digitaler Stammtisch
- 10/11 Petra Gössi zu Corona
- 12 Unsere Bundesräte in der Corona-Krise
- 13 Ein wissenschaftliches Netzwerk für Krisenlagen
- 14 Die Vorwärtsstrategie ist alternativlos
- 15 Corona trifft Start-ups hart
- 16 Erste gesundheitspolitische Lehren aus Corona
- 17 Abstimmungen: Neue Kampfflugzeuge
- 18 Abstimmungen: Kündigungsinitiative
- 19 Mentoring: Alain Bai zum Rahmenabkommen
- 20 Freisinnige im Portrait: Pflege und Corona
- 21 Umweltpolitik: FDP hält Versprechen
- 22 Update zur Renteninitiative
- 23 Homeoffice: Auch nach Corona eine Option

## Kantonaleil:

FDP.Die Liberalen Basel-Stadt | 4000 Basel  
T: 061 313 50 40 | E: info@fdp-bs.ch | www.fdp-bs.ch



## Liebe Freisinnige

Die Schweiz, wir alle, ist mit der grössten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert. Die wegen Corona getroffenen Massnahmen bedeuten einen gewaltigen Einschnitt in unser Leben, unsere Freiheit, unser Einkommen. Doch sie sind richtig – denn man muss den drohenden Kollaps des Gesundheitssystems verhindern.

Nun müssen wir zusammenstehen. Das gibt uns die Gelegenheit, zu beweisen, dass die Schweiz ihren Gemeinsinn und ihren Willen gerade auch in Krisenzeiten bewahrt. Insbesondere möchte ich allen Menschen herzlich Danke sagen, die unter Einsatz der eigenen Gesundheit dafür kämpfen, Menschenleben zu retten und unser Land am Laufen zu halten. Ihr seid Helden, die Schweiz ist stolz auf euch!

## Langfristige Strategie ist gefragt

Ich schreibe diese Zeilen Anfang April, damit wir diese Ausgabe des «Freisinn» rechtzeitig in den Druck geben können. Wenn Sie dies lesen, ist die Situation vielleicht schon wieder eine andere. Sicher ist aber: Die aktuellen und die kommenden wirtschaftlichen Herausforderungen sind immens!

Unzählige Arbeitsplätze und Existenzen stehen vor einer ungewissen Zukunft. Es droht nicht nur der Kollaps des Gesundheitswesens, sondern auch der gesamten Wirtschaft. Darum haben wir den Bundesrat in einem offenen Brief zum Handeln aufgefordert. Die getroffenen Massnahmen sind richtig und wichtig – aber sie sind kurzfristig. Bereits im letzten August haben wir eine langfristige Vorwärtsstrategie vorgelegt. Genau das ist es, was

wir brauchen, um die Wirtschaft wieder in die Gänge zu bekommen.

## Mensch im Fokus

Wir alle müssen in der nächsten Zeit mit einer erheblichen Ungewissheit leben. Dies ist nicht die Zeit der Eigeninteressen, sondern des Zusammenhalts. Es ist nicht die Zeit von unbedachten oder populistischen Forderungen, sondern des Anpackens. Wir Freisinnige werden Verantwortung übernehmen, wie wir das schon immer getan haben. Handeln wir entschlossen, aber auch besonnen – immer mit dem Menschen im Fokus.

Natürlich liegt unser Schwerpunkt in diesem «Freisinn» auf dem Coronavirus. Wir befassen uns aber nicht nur mit der Krise selbst, sondern suchen auch Auswege aus der Krise. Und bei allem Leid: Womöglich bietet uns die Pandemie auch wichtige Erkenntnisse und sogar Chancen.

So oder so: Wir alle werden unglaublich froh sein, das Leben und die Freiheit dereinst wieder richtig geniessen zu können. Vorfreude ist bekanntlich die schönste Freude – und so möchte ich Sie schon jetzt herzlich einladen, das Leben und den Gemeinsinn am nationalen Wandertag der FDP am 29. August im Berner Oberland gemeinsam mit mir zu feiern. – Bleiben Sie gesund. Gemeinsam kommen wir weiter!

Ihre Petra Gössi  
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

# Über den Wert der Freiheit

Fortsetzung von der Titelseite

nächsten Massnahmen angekündigt. Auch zum Zeitpunkt, zu dem dieser Text verfasst wird, ist nicht klar, was gilt, wenn er in den Haushalten der Leserinnen und Leser ankommt.

Dieses Tempo ist eine Herausforderung für uns alle. Für das Individuum, welches sein Verhalten an die aktuell geltenden Vorschriften anpassen muss. Für Familien und Freunde, die einen Weg finden müssen, miteinander in Kontakt zu bleiben. Für Unternehmerinnen und Unternehmer, die im Unwissen darüber, wann die Massnahmen gelockert werden, ihre Personal- und Liquiditätspläne über den Haufen werfen und neu schreiben müssen.

Weil uns diese horrende Geschwindigkeit, in welcher sich die Dinge ereignen, fast vollständig in Beschlag nimmt, wird das Ausmass der Massnahmen und der damit verbundenen Folgen erst langsam sichtbar. Und erst so langsam kommt man dazu, sich grundlegende Gedanken zu machen, was die Reaktion auf Covid-19 mit unserem Leben und unseren Freiheiten macht.

Der liberale Rechtsstaat, in dem wir leben, garantiert uns gemäss Bundesverfassung viele Freiheiten. Es sind Freiheiten, die oft unsichtbar sind und an die wir uns gewöhnt haben, weil wir – im Gegensatz zu unseren Vorfahren und vielen Menschen sonst auf der Welt – nie wirklich dafür kämpfen mussten. Sie waren einfach immer irgendwie da. Diskussionen, ob eine politische Vorlage zu stark in diese Freiheit eingriff, kamen einigen deshalb immer etwas abgehoben und akademisch vor.

Und plötzlich ist alles anders. Der Bundesrat entscheidet mittels Notrecht, verbriefte verfassungsmässige Rechte wie Bewegungsfreiheit, Wirtschaftsfreiheit, Anspruch auf Grundschulunterricht, Glaubensfreiheit oder Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit von einem Tag auf den anderen einzuschränken. Ich bestreite nicht, dass die Massnahmen notwendig waren, um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen und Zeit zu gewinnen, damit unser Gesundheitssystem unter der Last der hospitalisierungsbedürftigen Infizierten nicht kollabiert. Beides ist uns nicht schlecht gelungen.

Auch unsere Partei hat sich angepasst. Der Vorstand der Basler FDP hat aufgrund der aktuellen

Situation beschlossen, die Generalversammlung nicht in Form einer Präsenzveranstaltung abzuhalten, sondern eine digitale Alternative zu finden.

## Freiheiten zurückgewinnen

Je länger die Massnahmen jedoch andauern, desto stärker müssen wir uns dafür einsetzen, dass wir unsere Freiheiten zurückbekommen. Natürlich befürchtet kaum jemand ein neues Vollmachtenregime, wie es bis sieben Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg andauerte. Nur mit vereinter Kraft konnten dem Bundesrat damals seine weitgehenden Kompetenzen wieder entrissen werden. Umso erfreulicher ist es zu sehen, wie zurückhaltend der Bundesrat beispielsweise beim Thema einer Ausgangssperre ist.

Doch lassen wir uns nicht täuschen. Die Rückkehr zur Normalität wird nur langsam und schrittweise vonstattengehen. Die Aufgabe von uns Freisinnigen liegt darin, einen vernünftigen Weg einzuschlagen zwischen Schutz der Risikogruppen (denn das Wohl der Gesellschaft misst sich am Wohl der Schwächsten) und dem schrittweisen Wiederherstellen einer wirtschaftlichen und sozialen Normalität. Es ist zudem unsere Pflicht, nicht zuzulassen, dass die Corona-Krise langfristig als Vorwand dient, unsere Freiheiten einzuschränken.

Nun, da uns in aller Deutlichkeit vor Augen geführt wurde, wie schnell unsere Freiheiten verschwinden können, tun gerade wir Freisinnige deshalb gut daran, entschieden darauf zu pochen, dass wir so rasch wie möglich schrittweise wieder zur Normalität zurückkehren.



Luca Urgese

Unsere Gesellschaft wird nach Covid-19 nicht mehr dieselbe sein. Das ist nicht nur eine schlechte Nachricht. In der Corona-Krise gibt es auch Dinge, über die ich mich als Freisinniger freue:

1. Unternehmerinnen und Unternehmer zeigen sich auch unter diesen erschwerten Umständen innovativ, bieten Lieferdienste an oder suchen andere Wege, ihre Waren oder Dienste an Mann und Frau zu bringen.
  2. Die Vorteile der Digitalisierung kommen voll zum Tragen. Von Hilfsplattformen über Live-Konzerte bis hin zum Homeoffice kann vieles digital bewältigt werden.
  3. Es ist beeindruckend zu sehen, wie viele Menschen sich gegenseitig Hilfe anbieten und sich solidarisch zeigen. Das ist gelebter Gemeinsinn.
- Blieben Sie gesund!

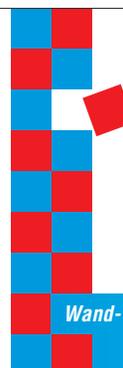
**Luca Urgese**  
Präsident FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

Anzeige

## R. Soder Baugeschäft AG

Oberdorfstrasse 10  
Postfach 108  
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 03 30  
Fax 061 641 21 67  
soderbau@bluewin.ch



## Lergenmüller AG

Oberdorfstrasse 10, Postfach 108  
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 17 54  
Fax 061 641 21 67  
lergenmueller@bluewin.ch

Wand- und Bodenbeläge – Mosaiken



# «Wir wollen die Digitalisierung voranbringen»

Interview mit Regierungsrat Baschi Dürr

Im Hinblick auf die kommenden Gesamterneuerungswahlen für den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat «Freisinn»-Redaktor Edwin Tschopp mit Regierungsrat Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes Basel-Stadt (kurz JSD), ein Gespräch geführt.

**Herr Regierungsrat Dürr, Sie wollen sich im kommenden Herbst als Kandidat der FDP.Die Liberalen Basel-Stadt für eine dritte Amtsperiode als Regierungsrat zur Wahl stellen. Was ist Ihre Motivation?**

Mir gefällt die Aufgabe im Regierungsrat, gerade im Justiz- und Sicherheitsdepartement. Die Arbeit fordert täglich heraus. Es ist ein breit gefächertes Departement mit vielseitigen Aufgaben und motivierten Leuten. An 365 Tagen im Jahr leisten diese zugunsten der Bevölkerung rund um die Uhr eine Arbeit, die tatsächlich «einen Unterschied macht».

**Was bedeutet es für Sie, Freisinniger zu sein?** Mein Kompass fürs Leben ist zutiefst liberal ausgerich-

tet. Ich bin der festen Überzeugung, dass das Individuum, also jede und jeder Einzelne, zuallererst für sich selbst verantwortlich ist und nicht ohne Not der Staat.

**Inwieweit können Sie freisinniges Gedankengut in die Regierungsarbeit einbringen?** Es gilt jeweils abzuwägen, wo es politische und betriebliche Handlungsspielräume für mehr Freiheit gibt. Der sorgfältige Umgang mit Steuergeldern ist mir wichtig. Und natürlich sollte sich auch der Staat den modernen Gegebenheiten anpassen. Ich denke dabei etwa an den Nutzen der Digitalisierung sowie an zeitgemässe Strukturen und Führung.

**Werden Sie an Regierungsratssitzungen oft überstimmt?** Im Regierungsrat sind wir bestrebt, einvernehmliche Lösungen zu finden. Es wird mehr diskutiert als abgestimmt. Aber natürlich ist klar, dass die aktuellen Mehrheitsverhältnisse mit 4 zu 3 zugunsten von Links-Grün bei einigen Themen zum Ausdruck kommen. Hätten wir eine bürgerliche Mehrheit, würden gewisse Entscheide anders ausfallen.

**Es fällt auf, dass neben dem abtretenden SP-Regierungsrat Wessels auch Sie oft Ziel sind von Polemik von politischen Gegnern und – sagen wir mal – unsanfter Behandlung durch einige Medien.** Ich stehe einem der grossen und komplexen Departemente vor. Dessen Aufgabenbereiche gehen von der Polizei über Militär, Zivilschutz, Sanität, Feuerwehr, Gefängnis bis zum Handelsregister- und dem Zivilstandsamt: Wir verhaften und wir verheiraten! Das sind viele Bereiche, welche die Bevölkerung stark betreffen und interessieren. Aufgrund dessen stehe ich als Vorsteher des JSD quasi von Amtes wegen mehr im Fokus der Bevölkerung und der Medien als andere.

**Ihr Vorgänger Jörg Schild hat mir einmal gesagt, dass man als Vorsteher des JSD Teflonhosen anhaben müsse, damit alles gut abperlt, wenn man angepinkelt werde.** (Lacht) Damit hat er natürlich nicht unrecht. Es ist klar, dass mal Kritik von links und dann von rechts kommt, je nach Interessenlage und Ereignis. Das muss man als Politiker aushalten. Ich versuche, dabei möglichst unaufgeregt zu bleiben. Das gelingt mir – zumindest meistens ...

**Wenn Sie auf die letzten Jahre zurückblicken, was ist da an Wichtigem für Ihr JSD passiert? Welches sind Ihre Erfolge?** Wir haben erstens alle Volksabstimmungen, die das JSD betreffen, gewonnen, darunter das Übertretungsstrafgesetz oder das Taxigesetz. Auch im Grossen Rat haben wir sämtliche Anliegen durchgebracht, zuletzt den umstrittenen gepanzerten Polizei-Transporter – ein «schönes» Beispiel für die oft gar übertriebenen Diskussionen rund um die Blaulichtorganisationen! Im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung haben wir zweitens – auch dank der Schwerpunktbildung – sowohl die Gewaltdelikte als auch die Einbruchdiebstähle auf die tiefsten Pro-Kopf-Zahlen seit mindestens 10 Jahren gedrückt. Und obwohl es deutlich mehr Demonstrationen gegeben hat als auch schon, haben wir jüngst erreicht, dass es zu weniger Ausschreitungen kam. Wir haben drittens in einigen Bereichen neue Führungspersonen bestimmt und moderne Strukturen eingeführt. Auch bei der Unternehmenskultur haben wir spürbare Fortschritte erzielt.

**2019 und jetzt wieder nach der Fasnacht gab es zahlreiche meist bewilligte Demonstrationen (Klima- und Schülerdemos, Anti-Syngenta, Kurdemos, schwarzer Block). Viele sagen, dass es genug sei. Wie sehen Sie das mit der Bewilligungspraxis?** Es ist meine Aufgabe, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen und zum anderen die verfassungsmässige Versammlungs- und Meinungsfreiheit zu garantieren. Das ist der tägliche Spagat jedes Polizeidirektors. Als politisch Verantwortlicher gebe ich die Leitlinie vor. Die konkrete Bewilligung von Ort und Zeit ist Aufgabe der Polizei. Die eigentliche Polizeiarbeit sollte nicht verpolitisiert werden, wie das leider regelmässig versucht wird.

**Das Thema «Grün» ist nach wie vor bei vielen Leuten zuvorderst, wie die Resultate der jüngsten kantonalen Wahlen in den Kantonen St. Gallen und Uri zeigen.** Im JSD setzen wir verschiedene Akzente. So haben wir mit der erfolgreichen Einführung der elektrischen Tesla-Polizeifahrzeuge das national prominenteste E-Mobilitätsprojekt der öffentlichen Hand wortwörtlich auf die Strasse gebracht. Das hat für die Einsatzmöglichkeit neuartiger Technologien eine starke Symbolwirkung. Nunmehr sind wir an der Beschaffung von über 100 weiteren um-

weltfreundlichen Fahrzeugen. Weiter haben wir als erstes Departement veranlasst, in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt und Energie den ökologischen Fussabdruck unseres Departementes zu ermitteln.

**Wo sehen Sie für die kommende Legislatur die Schwerpunkte, die Sie im Besonderen für Ihr Departement setzen wollen?** Wir möchten die Digitalisierung weiter voranbringen. So wollen wir erreichen, dass die administrative Zeit, die ein Polizist aufwenden muss, von einem Viertel seiner Arbeitszeit auf einen Achtel reduziert werden kann. Unter dem Strich entspricht dies rund 30 zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten. Weiter stärken wir die regionale Zusammenarbeit, insbesondere mit dem Kanton Basel-Landschaft. Die Zusammenlegungen von Jagdverwaltung, Feuerwehnspektorat oder Sanitätszentrale haben sich bewährt oder sind noch in Umsetzung. Im Bereich Kriminalitätsbekämpfung verfeinern wir die Schwerpunktbildung. Ein Thema sind dabei die «potenziellen Gefährder», bei häuslicher Gewalt, Extremismus aller Art oder psychischen Erkrankungen. Aber auch hier muss die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit gehalten werden.

**Kommen wir zur aktuellen Coronavirus-Krise. Wir führen dieses Gespräch Mitte März und wissen wie**

**alle nicht, wie sich die Situation beim Erscheinen dieser Zeitung präsentiert. Stand heute: Wie bewältigen Sie diese aussergewöhnliche Situation?** Auch bei mir hat sich der Alltag rasch und radikal verändert. Der Kantonale Krisenstab in meinem Departement, den ich gegenüber dem Gesamtregierungsrat verantworte, arbeitet auf Hochtouren. Er unterstützt in erster Linie das Gesundheitswesen und in zweiter Linie die weiteren öffentlichen Dienste. Für die enormen Auswirkungen auf die Wirtschaft ist der Lead beim Wirtschafts- und beim Finanzdepartement. Es ist unser Ziel, im Interesse der Bevölkerung so viel Einschränkungen wie nötig und so viel Normalität wie noch möglich sicherzustellen. Auch dies ist ein Spagat zwischen Sicherheit und Freiheit! Als Regierungsrat ist es unser Ziel, so klar und so konsequent wie möglich zu entscheiden, zu kommunizieren – und zu machen.

**Und privat?** Als Vater von drei Söhnen erlebe ich hautnah, wie das Familienleben letztlich aller nun kopfsteht. Die Tagesstrukturen müssen neu gefunden, beim Nachwuchs das Homeschooling sichergestellt und für die ganze Familie das intensivere Zusammenleben verdaut werden ... Nicht immer nur einfach!

**Herr Regierungsrat, danke für das Gespräch.**



Regierungsrat Baschi Dürr und Edwin Tschopp im Gespräch.



# Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen

## Alterspolitik

Die Jungfreisinnigen haben als erste Jungpartei das Finanzierungsproblem der AHV an seinen Wurzeln gepackt und lancierten letztes Jahr die sogenannte Renteninitiative, um die AHV auch für zukünftige Generationen nachhaltig sichern zu können. Konkret bedeutet dies, dass wir das Rentenalter für Frauen und Männer bis 2032 auf 66 Jahre erhöhen möchten.

Das heutige Rentenalter der Männer entspricht noch demselben wie bei der Einführung der AHV im Jahre 1948. Die Frauen werden heutzutage bereits ein Jahr früher, mit 64 Jahren, pensioniert. Zur

Zeit der Einführung der AHV lag die Lebenserwartung eines 65-jährigen Mannes nach Bezugsbeginn jedoch bei nur knapp 12 Jahren, bei den Frauen lag sie bei etwas mehr als 13 Jahren. Heute sind es bei

den Männern knapp 20 Jahre und bei den Frauen sogar über 23 Jahre nach Bezugsbeginn. Dies haben wir unter anderem dem medizinischen Fortschritt und der damit einhergehenden Verbesserung der Gesundheit zu verdanken.

Die Schweizer Bevölkerung ist in den 1950er- und 1960er-Jahren stark angewachsen. Diese Generation erreicht nun langsam das Rentenalter, was bedeutet, dass die Zahl der Pensionierten in den nächsten Jahren schneller zunimmt als die Zahl der Erwerbstätigen. Somit entsteht ein Ungleichgewicht, und wir haben bereits heute nicht mehr genug Einnahmen, um die laufenden Renten finanzieren zu können. Bis im Jahre 2045 beträgt das prognostizierte Loch in der AHV bereits 18,5 Mrd. Franken. Mit der AHV21 möchte der Bund das Rentenalter flexibilisieren und das Rentenalter für Frauen auf 65 erhöhen. Ausserdem ist ab 2022 eine Erhöhung der Mehrwertsteuer geplant. Diese Massnahmen sind jedoch lange nicht ausreichend und sehen nur eine Sicherung bis 2030 vor.

Mit der Renteninitiative der Jungfreisinnigen soll das Rentenalter schrittweise erhöht werden. Denn wenn wir länger leben, macht es Sinn, dass wir ein wenig länger arbeiten, um die finanzielle Lage der AHV wieder in ein Gleichgewicht zu bringen.

Andere Optionen, die wir nicht gutheissen können, wären z.B. eine Kürzung der Renten um knapp 20 Prozent bis 2045 oder eine drastische Erhöhung der Steuern oder Lohnabgaben. Mit der ersten Option würden wir das Versprechen, dass alle Rentnerinnen und Rentner eine AHV-Rente erhalten, verletzen und die Erhöhung der Steuern oder der Lohnabgaben hätte negative Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft.

Unsere Initiative sieht vor, bis 2032 das Rentenalter für Frauen und Männer schrittweise auf 66 Jahre zu erhöhen. Anschliessend soll das Rentenalter ab 65 Jahren an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Das würde bedeuten, dass wir ab dem Jahr 2033 jedes Jahr zirka einen Monat länger arbeiten, sodass wir bis 2050 bei etwa 67,7 Jahren sind. In Holland oder Dänemark soll mit ähnlichen Reformen das Rentenalter bis 2050 bei über 70 Jahren liegen. In Branchen wie z. B. dem Baugewerbe, wo bereits heute das Rentenalter 60 gilt, soll mit unserer Initiative nichts verändert werden, denn da gilt die sektorspezifische Regelung, dass auch bereits vor dem gesetzlichen Rentenalter in den Ruhestand gegangen werden kann.

Sie interessieren sich für unsere Initiative und möchten endlich eine Lösung für die AHV? – Dann machen Sie Gebrauch von unseren beigelegten Unterschriftenbögen und helfen Sie uns bei der Unterschriftensammlung. Jede Unterschrift zählt!

**Dimitri Gutzwiller**  
Mitglied der Jungfreisinnigen

Anzeige



**Schweizer Söhne**  
**Malen Gipsen**  
Wir hinterlassen einen frischen Anstrich  
Malen, Gipsen, Isolieren, Tapezieren  
**061/381 83 15**  
Spalenring 14/16 CH-4055 Basel  
Zweigstelle: Schützenstrasse 2/4 4127 Birsfelden  
E-mail: malen@schweizersoehne.ch  
Homepage: www.schweizersoehne.ch

Aus dem Grossrat

## Herzlichen Dank, Stephan Mumenthaler

Stephan Mumenthaler hat in seinem BaZ-Beitrag vom 26. Februar 2020 eindrücklich seine Erkenntnisse aus sechs Jahren im Grossen Rat zu sechs Einsichten kristallisiert. Dieser Beitrag beweist: Mit Stephan verliert unsere Fraktion und der Grosse Rat als Ganzes einen sehr engagierten Parlamentarier, der mit seiner Arbeit in der Fraktion, im Plenum und in Kommissionen gezeigt hat, wie wichtig der Beitrag eines ausgewiesenen Ökonomen mit breiter Berufserfahrung für unser Milizsystem ist.

Stephan war mehr als Rufer in der Wüste. Er hat auch vieles bewirkt. Unsere Fraktion hatte er in die Pflicht genommen, unser Parteiprogramm in konkrete kantonale Politik umzusetzen. Seine eigenen Vorstösse liefern Beweis dafür, wie vielseitig Stephan ist. Als Beispiele nenne ich nur seine bildungspolitischen Vorstösse zu Themen wie «Smart Sharing», «Überarbeitung des Französischunterrichts», «Politische Instrumentalisierung unserer Lehrmittel» oder seine Interpellation zur «Entwicklung des Bildungsniveaus an Basler Schulen». Wirtschaftspolitische Vorstösse befassten sich mit der neuen Energieverordnung, den Regulierungskosten und der Papierflut im Beschaffungswesen.

Was Stephan macht, macht er richtig. Daher hat er sich aufgrund seiner beruflichen Belastung ent-



Stephan Mumenthaler

schieden, sein Grossratsamt aufzugeben. Wir hoffen alle, dass dies nur ein temporärer Abschied von der Politik ist und dass Stephan sich zu gegebener Zeit zurückmelden wird. Wir brauchen ihn.

## Theodor Memminger

Ende März ist Theodor Memminger im hohen Alter von 94 Jahren verstorben. Theodor war ein treues Parteimitglied und ehemaliger Chef der Finanzkontrolle. Wir sprechen seinen Angehörigen unser herzliches Beileid aus.

Digitalisierung

## Digitaler Stammtisch

Am 6. April 2020 fand der erste digitale Stammtisch der FDP Basel-Stadt statt. Da im Moment keine Parteiversammlungen stattfinden können und es dem Parteivorstand ein Anliegen ist, dennoch einen Austausch zwischen den Mitgliedern zu ermöglichen, wurde der digitale Stammtisch ins Leben gerufen. Am ersten Stammtisch diskutierten Nationalrätin Regine Sauter (FDP Zürich) und Grossrat Luca Urgese über die Massnahmen auf Bundes- und Kantonsebene und die Forderungen der FDP, um die Corona-Krise zu bewältigen.



## AGENDA

19. August 2020

Parteitag

25. Oktober 2020

Gesamterneuerungswahlen

26. Oktober 2020

Parteitag

Details siehe: [www.fdp-bs.ch](http://www.fdp-bs.ch)

Aus dem Grossrat

## Willkommen, Karin Sartorius-Brüschweiler

Die Nachfolgerin von Stephan Mumenthaler wird Karin Sartorius-Brüschweiler. Sie wird Anfang Mai den Platz im Grossen Rat einnehmen und damit den Frauenanteil in Fraktion und Parlament erhöhen. Erich Buch übernimmt das Fraktionspräsidium.

Karin Sartorius ist biomedizinische Ingenieurin, hält einen Master in Marketing und arbeitet in der Standortförderung des Kantons Basel-Stadt und ist im Moment stark in der Krisenbewältigung und in der Unterstützung der Wirtschaft eingebunden. Sie ist seit 2017 Vorstandsmitglied der Basler FDP und der FDP Frauen Basel-Stadt. Als Mitglied der Schulkommission des Gymnasiums Kirschgarten und als Präsidentin des Elternrates PS Neubad engagiert sie sich seit Jahren in der Bildungspolitik und ist als langjähriges Vorstandsmitglied des neutralen Quartiervereins Bachletten-Holbein fest in ihrem Wohnquartier verankert.



Karin Sartorius-Brüschweiler

David Jenny, Grossrat



# FDP-Mitglied Dominik Tschudi im Einsatz

Corona-Krise

Dominik Tschudi war mit dem Spitalbataillon 5 der Schweizer Armee im Einsatz. Das Spit Bat 5 wurde am 16. März aufgrund der aktuellen Corona-Lage mobilgemacht und befindet sich seither im vom Bundesrat bewilligten Assistenzdienst. Das Bataillon unterstützt das zivile Gesundheitswesen in der Deutschschweiz und im Tessin, u. a. auch mit mehreren Ambulanzfahrzeugen die Rettung Basel-Stadt und ein grosses Spital in der Zentralschweiz.

In eigener Sache

## Rücktritte

FDP-Vizepräsident Daniel Seiler, Kassierin Dominique Martin und Karin Sartorius haben per Generalversammlung 2020 ihren Rücktritt aus dem Vorstand der Kantonalpartei erklärt. Daniel Seiler hat in den letzten Jahren unsere Partei im Präsidium wesentlich mitgeprägt und auch mit angepackt. Zusammen haben wir viele Diskussionen über strategische Fragen geführt, was uns als Partei vorwärtsgebracht hat. Er hat auch die Kommunikation, darunter die Redaktion des «Basler Freisinn», verantwortet und bleibt uns als Präsident der FDP Kleinbasel erhalten. Dominique Martin hatte unsere Finanzen im Griff. In ihre Amtszeit fällt die Digitalisierung unserer Buchhaltung, und auch die neue Darstellung an der GV ist auf viel positive Resonanz gestossen. Karin Sartorius hat mitgeholfen, unsere Parteitage weiterzuentwickeln. Sie hat zudem wichtige Vorstösse im Bereich Schulwegsicherheit angestossen. Sie bleibt uns erfreulicherweise in anderer Funktion erhalten: Sie wird ab Mai Grossrätin. Ihnen allen danke ich herzlich für ihr grosses Engagement in den letzten Jahren. Wir werden die drei am nächsten Parteitag gebührend verabschieden. Die neuen Vorstandsmitglieder werden wir Ihnen in der nächsten «Freisinn»-Ausgabe vorstellen.

Publireportage

## FDP-Mitglieder stellen sich vor

**Daniel Seiler ist Präsident der FDP Kleinbasel und Inhaber von Rainmaker**

Seit bald 15 Jahren unterstützt Daniel Seiler Unternehmen und Organisationen im Veränderungsprozess und bei der Zukunftsausrichtung. Rainmaker entwickelt Strategien und Marketing- und Kommunikationskonzepte für die digitale Zukunft. Ganz nach dem Credo: Damit Neues entstehen kann, braucht es Regen.

**Wir freuen uns, wenn Sie Unternehmen der FDP-Mitglieder unterstützen.**

The Rainmaker Corporation Schweiz GmbH

Rheinfelderstrasse 21d, 4058 Basel, Tel. 061 271 14 31, [www.rainmakercorp.ch](http://www.rainmakercorp.ch)



RAINMAKER

Digitale FDP-Stammtische trotz Corona

## Aus Krise mach Chance!

Das Coronavirus stellt uns alle vor neue und grosse Herausforderungen. Unsere Leben haben sich verändert, Geschäfte sind geschlossen, zwischenmenschliche Kontakte werden auf das Nötigste eingeschränkt. Auch Stammtische, die einen festen Platz in der Schweizer Politikultur hatten, an denen informiert und debattiert wurden, finden wegen Corona nicht mehr statt. Hier schaffen wir mit digitalen Stammtischen Abhilfe und machen aus der Krise eine Chance.

Wegen Corona treffen sich die Leute nicht mehr, das Diskussions- und Informationsbedürfnis leidet. Doch gibt es auch Chancen. Der Schriftsteller Max Frisch sagte es so: «Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.» Er hat damit Recht. Wie in jeder Krise gibt es auch hier positive Nebeneffekte, beispielsweise auf beruflicher Ebene: Die Agenda lässt mehr Zeit für strategisches Denken, da Termine annulliert werden und an Videomeetings nur das Wichtigste diskutiert wird. Und wir sind gezwungen, kreativer und effizienter zu arbeiten. Plötzlich entdecken wir neue Organisationsmöglichkeiten. Arbeiten im Homeoffice wird selbst dort möglich, wo es noch vor wenigen Wochen undenkbar war.

### Die digitalen Stammtische funktionieren gut

Alles das, was bis vor wenigen Wochen noch mit «Geht nicht!» abgestempelt wurde, funktioniert auf einmal doch, muss auf einmal funktionieren. Und auch beim Stammtischproblem haben wir mit einer intelligenten Lösung Abhilfe geschaffen. Seit Beginn des Lockdowns bietet die FDP einen unkomplizierten, menschlichen und politischen digitalen Austausch. Wir organisieren digitale Stammtische, an denen Personen miteinander politisieren können. Die Rededisziplin ist erstaunlich hoch sowie auch der Umgang mit den unterschiedlichen Argumenten sehr respektvoll, was mich als Leiterin eines solchen Stammtisches positiv überraschte.



An den digitalen Stammtischen via Zoom nehmen regelmässig Dutzende Interessierte teil.

Für mich wie auch für einige Teilnehmende war es der erste Videocall, an welchem sie teilnahmen. Doch das spielte keine Rolle, denn die Hürden waren schnell abgebaut – die momentan anspruchsvolle Situation erlaubte uns, der Digitalisierung mutig zu begegnen, wie es bis vor kurzem noch undenkbar gewesen wäre. Die vielen Sichtweisen auf die unterschiedlichsten Themen riefen mir zudem in Erinnerung, dass wir die politische Debatte mehr schätzen sollten, denn sie ist nicht selbstverständlich und ist gerade in Krisen auf dem Prüfstand. Gerne werde ich mich wieder an den digitalen Stammtisch setzen, eine Übersicht über die nächsten Stammtische finden Sie in der Agenda auf der FDP-Website.

**Maja Riniker, Nationalrätin AG**

Der Einsatz unserer Basis während Corona

## Gemeinsinn in Aktion

Viele FDP-Mitglieder und Jungfreisinnige engagieren sich in dieser schwierigen Zeit für die Gemeinschaft. Wir zeigen einige schöne Beispiele des gelebten Gemeinns aus unserer Basis.

Jede und jeder von uns kann in diesen schwierigen Zeiten mithelfen, damit wir als Gesellschaft die Corona-Krise möglichst gut überstehen. An erster Stelle stehen natürlich: zu Hause bleiben, Hygieneregeln befolgen und genügend Distanz zum Gegen-

über einhalten. Viele unserer FDP-Mitglieder haben aber noch andere kreative Wege gefunden, um zu helfen: So haben etwa Nicole Nüssli-Kaiser und Rico Berchtold von der FDP Basel-Landschaft gemeinsam eine App für ihre Gemeinde Allschwil

entwickelt, die dem lokalen Gewerbe eine Plattform und den Kunden Übersicht sowie Information bietet – eine wichtige lokale Stütze in der Krise. Viele Jungfreisinnige und FDP-Mitglieder erledigen für Risikogruppen den Einkauf. Der Lenzburger FDP-Stadtrat Andreas Schmid ist mit einem Spitalbataillon der Armee gegen Corona im Einsatz, und Nicolas Rimoldi sorgt in der Migros dafür, dass die Menschen auch in der Krise mit allem Nötigen versorgt sind. Diese Freisinnigen stehen stellvertretend für alle Menschen, die sich jetzt täglich und unter schwierigen Bedingungen für das Gemeinwohl engagieren. Das ist Gemeinns. Wir sind stolz auf jeden Einzelnen und sagen Danke!



Nicolas A. Rimoldi in der Migros.



Nicole Nüssli-Kaiser mit der entwickelten App.



Andreas Schmid, Kommandant der Spit Stabskp 66, im Aktivdienst gegen Corona.



Auch die FDP Lugano ist für Risikogruppen unterwegs.



## unus pro omnibus – omnes pro uno

Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen

Die Schweiz durchlebt schwierige Wochen, und schwierige Monate stehen uns noch bevor. Mehr denn je ist die FDP gefordert – wir übernehmen gerade in solchen Zeiten Verantwortung, leben den Gemeinsinn und sorgen für Fortschritt. Ich beleuchte im Folgenden verschiedene Aspekte der Corona-Krise.

Wir erleben momentan so denkwürdige wie schwierige Wochen. Die Schweiz, wir alle, sind mit der grössten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert. Der Bundesrat hat am 16. März die ausserordentliche Lage gemäss Epidemienengesetz ausgerufen, worauf das öffentliche Leben in der Schweiz grossteils heruntergefahren wurde. Geschäfte, Restaurants, Schulen mussten vorübergehend schliessen.

Das Leid und die Verunsicherung werden noch andauern. Die vom Bundesrat getroffenen Mass-

Corona hat auch die Produktion dieser «Freisinn»-Ausgabe beeinflusst. Der Redaktionsschluss war am 8. April und entsprechend mussten die Texte in Unkenntnis der weiteren Entwicklung verfasst werden. Wir bitten Sie um Verständnis. Bleiben Sie gesund!

nahmen waren und sind zwar richtig, aber sie bedeuten auch einen gewaltigen Einschnitt in unser privates Leben, in unsere Freiheit und in vielen Fällen auch in unser Einkommen. Klar ist aber auch, dass es jetzt eine Strategie braucht, wie wir aus dieser Situation wieder herauskommen.

### Existenzen stehen auf dem Spiel

Das zeigen auch die vielen Kontakte mit Menschen, die ich seit Beginn der Krise über Mail oder Telefon hatte. Zum Teil spürt man Ungläubigkeit, zum Teil Unverständnis über die Tragweite der Massnahmen, aber vor allem immer viel Verunsicherung. An erster Stelle steht die unmittelbare Sorge um die Gesundheit von Familie, Freunden und Liebsten. Aber nach und nach drängen nun auch Sorgen um die Folgen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stillstands an die Oberfläche: Wann wird das Leben wieder in «geordnete Bahnen» zurückkehren? Komme ich finanziell und wirtschaftlich über

die Runden? Was mache ich mit meinen Angestellten, für die ich in all den Jahren ein fürsorglicher und fairer Chef war? Viele Menschen werden nun von existenziellen Fragen geplagt.

Wir können noch immer nicht vollständig absehen, wie sich die Situation weiterentwickeln wird. Der Bundesrat hat bisher richtig gehandelt. Er ist aber jetzt gefordert, unmissverständlich und klar aufzuzeigen, wann und wie wir unser Land wieder in eine normale Lage zurückführen können. Anfang April habe ich gefordert, dass Schulen und Geschäfte – unter zwingender Einhaltung der geltenden Hygiene- und Abstandsregeln – so bald wie möglich wieder geöffnet werden sollen. Wichtig ist auch, dass das Parlament seine Arbeit bald wieder aufnehmen kann. Trotzdem: Unsicherheit wird uns in den kommenden Monaten weiterhin begleiten. Daraus müssen und werden wir das Beste machen.

### Der Mensch im Fokus

In unserer Bundesverfassung steht geschrieben: «Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.» Die schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft sind vom neuen Coronavirus besonders bedroht. Deshalb müssen wir alle für eine bestimmte Zeit auf viele unserer gewohnten Freiheiten verzichten, auch wenn uns dies manchmal schwerfällt. Dabei dürfen wir nie aus den Augen verlieren, dass es primär darum geht, unser Ge-

sundheitssystem vor dem Kollaps zu bewahren. Jetzt ist Gemeinsinn gefragt. Das Wohl der Schwachen steht im Vordergrund. Wir alle müssen unsere Verantwortung übernehmen, denn das sind wir unseren Mitmenschen schuldig. Nicht umsonst prangt in der Kuppel des Bundeshauses die Inschrift «unus pro omnibus – omnes pro uno» – «Einer für alle – alle für einen». Daher freut es mich besonders, zu sehen, dass überall in der Bevölkerung und gerade auch in unserer Basis grossartige und innovative Aktionen entstehen, um sich gegenseitig zu helfen. Das ist gelebter Gemeinsinn.

### Verantwortung auf allen Ebenen

Die Verantwortung tragen wir aber auch auf einer anderen Ebene. Der Bundesrat hat zugesichert, dass er allen Betroffenen schnell und unbürokratisch finanzielle Hilfe zukommen lassen wird. Auch den selbstständig Erwerbstätigen und den geschäftsführenden Inhabern von Klein- und mittelgrossen Unternehmungen. Hier kann auch der Kanton eine wichtige Funktion übernehmen und gezielt Hilfe leisten, wo es trotz der Unterstützung des Bundes nötig sein wird. Und es gibt noch eine Solidarität, die mindestens so wichtig ist: Wir sollten nach Möglichkeit darauf verzichten, uns online mit Konsumartikeln aus dem Ausland einzudecken. Es lohnt sich zu warten, bis unsere Einzelhändler und regionalen Geschäfte wieder öffnen. So kann jeder Einzelne dabei helfen, diese Krise zu bewältigen.

Rasche und unbürokratische Hilfe für alle Betroffenen ist unbedingt notwendig. Glücklicherweise leben wir in einem Land, in dem wir diese Hilfe leisten können, weil genügend Geld vorhanden ist – auch deshalb, weil die Schweiz dank der freisinnigen Idee der Schuldenbremse ihre Finanzen gut im Griff hat. Das ist jetzt überlebenswichtig und sollte gleichzeitig eine Warnung an all jene sein, die sich nun für bedingungslose Grundeinkommen und andere sozialistischen Träumereien stark machen. Auch eine Warnung haben jene erhalten, welche die Armee abschaffen wollen, führt uns die Krise doch schonungslos vor Augen, wie dringend wir auf eine funktionierende Milizarmee angewiesen sein können. Auch die Abschottungsfantasien von rechtskonservativer Seite wurden entlarvt. Denn wir sehen nun ganz konkret, welche immensen Kosten geschlossene Grenzen nach sich ziehen.

### Vorwärtsstrategie ist alternativlos

Klar ist: Corona wird eine wirtschaftliche Krise nach sich ziehen, die wir in diesen Dimensionen bisher nicht kannten. Um den innovativen, starken Wirtschaftsstandort Schweiz so schnell wie möglich wieder aufbauen zu können und alle Menschen wieder mit Arbeitsplätzen und besten Perspektiven auszurüsten, braucht unser Land zuerst eine Ausstiegsstrategie (siehe Box) und dann eine wirtschaftliche Vorwärtsstrategie. Bereits letzten

### Die Ausstiegsstrategie der FDP, präsentiert am 15. April 2020

- **Testing und umfassender Schutz** von gefährdeten Gruppen
- **Effizienz und Flexibilität im Gesundheitssystem** in und nach der Krise
- **Digitalisierung** in allen Bereichen
- Der Bund nimmt in seiner Regulierung **Rücksicht** auf kantonale und regionale Gegebenheiten
- **Bewegungsfreiheit an der Grenze**
- Kinderbetreuung sicherstellen und **Schulen wiedereröffnen**
- **Geschäfte** unter Einhaltung der Hygieneregeln **wieder öffnen**
- **Massnahmen des Bundes weiterentwickeln**: Rasche finanzielle Unterstützung für Härtefälle unter den indirekt betroffenen selbstständig Erwerbenden. Missbräuche bei Krediten verhindern und prioritäre Rückführung der Hilfskredite sicherstellen.
- **Langfristige Massnahmen**, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen: Konsequente Umsetzung der **FDP-Vorwärtsstrategie** vom August 2019. Langfristig braucht die Schweiz zudem eine vorausschauende Steuerstrategie.

Mehr Informationen auf [www.fdp.ch/coronavirus](http://www.fdp.ch/coronavirus)

August haben wir eine solche vorgestellt: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Digitalisierung sind konsequent zu stärken, Wettbewerbsnachteile abzuschaffen und der bilaterale Weg muss gesichert werden. Das ist kein «nice to have», sondern eine Frage der Verantwortung gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern.

### Jeder Einzelne gestaltet mit

Diese ausserordentliche Situation wird uns in verschiedenster Hinsicht prägen, und die Aufarbeitung wird viele wichtige Lehren bereithalten: Seitens Politik werden wir uns zum Beispiel ernsthaft mit dem Epidemiengesetz oder den Pflichtlagern auseinandersetzen müssen. Und wir haben die Digitalisierung voranzutreiben, gerade auch beim Bund. Auf individueller Ebene werden viele Menschen feststellen, dass ihnen Homeoffice eine neue Welt eröffnet,

die sie zu mehr Kreativität führt. Andere werden merken, dass sie für ihr Leben einen anderen Inhalt wünschen. Und wieder andere werden dankbar sein, sich einfach in ihrem gewohnten Leben wiederzufinden. Aber eines finde ich am allerwichtigsten: Jeder Einzelne von uns gestaltet die Gemeinschaft und unser gemeinsames Leben mit. Manchmal müssen wir uns zwar Weisungen fügen, die in ihren Auswirkungen nicht immer angenehm sind. Aber wenn wir im Kleinen dafür sorgen, dass wir die Ziele erreichen, gelingt uns das auch im Grossen und in der Gemeinschaft. Das ist Leadership, das im Kleinen anfängt und im Grossen Früchte trägt. Von diesen werden wir alle profitieren können.

**Petra Gössi, Küssnacht**  
Nationalrätin und Parteipräsidentin  
FDP.Die Liberalen



Hoffentlich bald wieder Realität ohne Social Distancing: Petra Gössi im Gespräch an einem Tag der FDP.

# Gemeinsam gegen die Krise

So erleben unsere Bundesräte Corona

In der Corona-Krise stehen auch unsere freisinnigen Bundesräte an vorderster Front. Im schriftlichen Interview erzählen Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis, wie sie damit persönlich umgehen und in welchen Bereichen sie nun ganz besonders gefordert sind.

**Wie betreffen Sie die Einschränkungen wegen Corona persönlich?**

**BR Ignazio Cassis (IC):** Auf der familiären Ebene gibt es spürbare Einschränkungen: Zwischenmenschliche Kontakte sind rar geworden, mit meiner Mutter darf ich nur noch telefonieren. Aber wie in jeder Krise gibt es auch positive Nebeneffekte, insbesondere auf beruflicher Ebene: Die Agenda lässt mehr Zeit für strategisches Denken, da Termine annulliert werden. Und wir sind gezwungen, kreativer und effizienter zu arbeiten. Plötzlich entdecken wir neue Organisationsmöglichkeiten.

**BR Karin Keller-Sutter (KKS):** Auch mein Leben hat sich sehr verändert. Meine persönlichen Kontakte habe ich auf das Nötigste eingeschränkt, und Sitzungen finden praktisch ausschliesslich über Skype statt. Es gibt eine Ausnahme: Der Bundesrat trifft sich wie üblich zu seinen Sitzungen, wobei er die BAG-Empfehlungen berücksichtigt. Die Corona-Krise beschäftigt mich und die anderen Mitglieder des Bundesrates fast rund um die Uhr. Und die Si-

tuation kann sich sehr schnell verändern: Was heute noch gewiss scheint, kann morgen schon völlig überholt sein. Das spüren wir alle im Bundesrat.

**Woran arbeiten Sie zurzeit am intensivsten?**

**IC:** Im Bundesrat arbeiten wir ständig an Lösungen für den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung und der Wirtschaft unseres Landes. Auch der Alltag in meinem Departement ist anders: Wir haben einen Krisenstab, rund 80 Prozent der Leute sind im Homeoffice. Viele Mitarbeitende im Ausland müssen wegen der Corona-Krise zum Teil unter noch schwierigeren Verhältnissen als üblich arbeiten. Wir setzen alles daran, um Tausende Schweizer nach Hause zu holen sowie um die nötigen Warentransporte und die Bewegungsfreiheit von Grenzgängern sicherzustellen, insbesondere in sensiblen Bereichen wie dem Gesundheitssystem. Darüber hinaus pflegen wir den Kontakt mit anderen Ländern, um uns gegenseitig zu unterstützen und globale Lösungen für die Krise voranzubringen.

**KKS:** Mein Departement ist stark gefordert. Wir haben wichtige Entscheide wie die Grenzschiessungen vorbereitet und sind in alle rechtlichen Fragen rund um die Covid-Verordnung involviert. Zudem ist für mich als EJPD-Vorsteherin zentral, dass die Kernfunktionen der Institutionen, der Justiz, des Asylsystems aufrechterhalten bleiben. Wichtig ist für mich auch, dass wir gestützt auf Fakten und mit Augenmass über notwendige Massnahmen entscheiden. Die Einschränkungen dürfen nicht weitergehen als nötig. Dafür setze ich mich ein. Für mich als liberale Bundesrätin ist es nicht einfach, die Freiheit der Menschen so stark einzuschränken. Aber wir befinden uns in einer «ausserordentlichen Lage» und müssen die Menschen in unserem Land schützen. Der Staat, die Gesellschaft, wir alle müssen stark sein und uns auf das gemeinsame Ziel konzentrieren.

**Was hat Sie in den letzten Wochen besonders berührt?**

**IC:** Mich beeindruckt die Fähigkeit der Bevölkerung, verantwortlich und solidarisch zu reagieren. Mich berührt die interkantonale Solidarität trotz der unterschiedlichen Betroffenheit durch die Pandemie. Aber auch die kollektive Schwierigkeit, eine rationale Sicht der Krise beizubehalten und über verhältnismässige Massnahmen zu entscheiden.

**KKS:** Es berührt mich sehr, wie verantwortungsvoll unser Land diese Krise angeht. Ich war im Rheintal am Grenzübergang Au und habe die Firma SFS besucht. In dieser Exportregion arbeiten viele Grenzgänger. Hier sieht man ganz konkret, wie wichtig das Zusammenspiel zwischen Gesundheit, Grenzkontrollen und Arbeitsplätzen ist. Besonders nahe geht mir auch die Schliessung der vielen Geschäfte. Ich bin selbst in einem Restaurant aufgewachsen und weiss, was das für die eigene Existenz bedeutet. Die Konsequenzen für die Wirtschaft sind schon heute gravierend. Ich bin aber überzeugt, dass unser Land die Stärke hat, um die Krise zu meistern.



BR Ignazio Cassis an einer Medienkonferenz im Tessin.



Karin Keller-Sutter am Grenzübergang Au SG.



# Netzwerk für Krisenlagen

Ein Vorschlag beyond Corona

In ausserordentlichen Lagen kommen plötzlich neue und grosse Herausforderungen in verschiedensten Bereichen auf uns zu – so auch bei Corona. Umso wichtiger wäre die Schaffung eines wissenschaftlichen Netzwerks, das Wissen und Know-how bündelt und Entscheidungsgrundlagen für die Behörden zur Verfügung stellen kann.

Die Corona-Krise wirft viele gesundheitsrelevante Fragen auf, gefolgt von Herausforderungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Generell macht uns diese Krise bewusst, dass wir einerseits funktionierende Notorganisationen brauchen und haben, andererseits auf wissenschaftliche Erkenntnisse angewiesen sind. Hier geht es um viel mehr als um Epidemiologie, nämlich um Erkenntnisse für ausserordentlichen Lagen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Das in der Schweiz hohe Forschungsniveau mit vielen hervorragenden Institutionen hat das Potenzial, einen wichtigen Beitrag zu leisten – beyond Corona.

## Wissenschaftliche Task-Force

Um dieses Potenzial zu nutzen, hat der Bundesrat Ende März 2020 ein wissenschaftliches Beratungsgremium (Task-Force) eingesetzt, in welchem die ganze Hochschullandschaft mit Forscherinnen und Forschern vertreten ist. Dieses konzentriert sich primär auf die Gesundheitsaspekte rund um Covid-19. Das, was der Bundesrat zur einberufenen Task-Force zu Covid-19 erklärt, kann allgemeine Geltung für andere Krisenlagen beanspruchen (aus

der Medienmitteilung vom 31. März 2020): «Die Schweizer Wissenschaftsgemeinschaft hat ein hohes Potenzial, den Ausgang dieser Krise positiv zu beeinflussen, sei es durch Forschung, Bildung oder Wissenstransfer.»

## Wissenschaftliches Know-how für ausserordentliche Lagen

Je länger die Krise dauert, desto mehr kommen wirtschaftliche und soziale Frage- und Problemstellungen auf. Es sind Herausforderungen, bei welchen wir auf gesicherte Erkenntnisse, Grundlagenforschung, praxisorientierte Forschung und das Zusammenwirken von Wissenschaft, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft angewiesen sind. Die wissenschaftlichen Fragestellungen gehen also

weit über Fragen der Epidemiologie und Gesundheit hinaus – also auch insofern beyond Corona. Der Bedarf an wissenschaftlich fundiertem Know-how wurde nun durch ein Virus und die damit verbundene Krise ausgelöst. Auslöser können aber auch Naturereignisse, Kriege oder andere Katastrophen sein. Auf staatlicher Ebene wird jeweils von ausserordentlicher Lage gesprochen. Wie erwähnt, stellen sich existenzielle Fragen auf gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene, welche besondere Massnahmen und Verhalten erfordern.

## Künftiges interdisziplinäres Netzwerk

Aus diesen Gründen braucht es gebündelte Kompetenzen und wissenschaftlich basierte Grundlagen – interdisziplinär und für alle ausserordentlichen Lagen. Diese als Entscheidungsgrundlagen für Be-



Matthias Michel: «Wissenschaftlicher Austausch ist gerade in Krisenlagen wichtig.»

hörden zu erarbeiten und nach Bedarf weitere Aufträge entgegenzunehmen, wäre die Aufgabe eines festen Netzwerks oder Kompetenzzentrums. Vorstellbar ist einerseits ein Grundauftrag des Staates oder einer im Zusammenwirken mit Privaten (Public Private Partnership), welcher präventiv Erkenntnisse für verschiedene ausserordentliche Lagen bereitstellt und andererseits ein erweiterter Auftrag, um je nach aktuellem Bedarf das nötige Know-how schnell und nach jeweiliger Situation schwerpunktmässig anzubieten. Unter Einbindung aller forschenden Institutionen unseres Landes wäre dieses Netzwerk oder Kompetenzzentrum nicht erst im Notfall ad hoc zu bilden, sondern es wäre eine bestehende Plattform, auf welche rechtzeitig zurückgegriffen werden kann.

Matthias Michel, Ständerat, Zug

«Hier geht es um viel mehr als um Epidemiologie, nämlich um Erkenntnisse für ausserordentliche Lagen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat.»



# Vorwärtsstrategie ist alternativlos

Wie die Schweiz aus der Krise findet

Die Auswirkungen des Coronavirus auf die Schweiz sind schwerwiegend. Auch wenn die gesundheitlichen Risiken hoffentlich bald eingedämmt sind, warten massive längerfristige Herausforderungen auf uns: die immensen Folgen für Wirtschaft und Wohlstand. Um möglichst schnell aus der Krise zu finden, braucht die Schweiz eine konsequente Vorwärtsstrategie.

Die Folgen des Corona-Lockdown für gewisse Betriebe und die Folgen der behördlichen Einschränkungen für die Gesamtwirtschaft sind beträchtlich. Nebst Kurzarbeit und Einnahmeausfällen wird eine steigende Arbeitslosigkeit kaum zu vermeiden sein. Es ist daher dringend notwendig, dass mit der hoffentlich baldigen Lockerung der behördlichen Massnahmen Reformen umgesetzt werden, welche die Unternehmen entlasten und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Mit den Arbeitsplätzen wird so auch der Wohlstand in der Schweiz gesichert.

### Bundesrat hat richtig gehandelt

Der Bundesrat hat rasch reagiert und Soforthilfen für die Wirtschaft versprochen. Die FDP hat dies begrüsst und den Bundesrat am 18. März in einem

offenen Brief zu schneller und umfassender Hilfe für die Betroffenen aufgefordert und die wichtigsten Handlungsfelder markiert. Seither hat der Bundesrat richtigerweise ein umfangreiches Massnahmenpaket mit Soforthilfen gegen die Corona-Krise geschnürt, um der Wirtschaft in dieser beispiellosen Krise zu helfen. Gefordert waren schnelle, flexible und funktionierende Antworten für tausende KMU und Selbstständigerwerbende, welche in diesen Tagen vor existenziellen Problemen stehen. Die Stützungsmaßnahmen entsprechen unseren Forderungen weitestgehend, namentlich bei der Sicherung der Liquidität von Unternehmen und zur Unterstützung von Selbstständigerwerbenden, ihren mitarbeitenden Familienmitgliedern, Lernenden oder Betriebsinhabern.

Die Massnahmen des Bundesrats sind insgesamt ein vertretbarer Kompromiss zwischen «unkompliziert» und «massgeschneidert». Das ist letztlich das Entscheidende – Vorrang hat in einer solchen Krise schnelle und unbürokratische Hilfe. Ein Swiss Finish, der zu spät kommt, nützt nichts.

### Was kommt danach?

Die Lage ist nun weiterhin mit höchster Aufmerksamkeit zu verfolgen. Dort, wo es Probleme gibt oder Branchen zwischen Stuhl und Bank fallen, ist zu prüfen, ob nachjustiert werden muss. Im Vordergrund steht aber das Ziel, die Unsicherheit für alle möglichst bald zu beenden. Sobald es die gesundheitliche Lage erlaubt, müssen Schritte zur Normalisierung eingeleitet werden, und die Unternehmen (aller Grössen) müssen Planungssicherheit für die Zukunft erhalten.

Klar ist aber auch: Die Massnahmen des Bundesrates sind als Soforthilfe zu verstehen. Langfristig ist für die FDP entscheidend, dass der Bundesrat für die Zeit nach dieser Krise die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz pflegt und stärkt – und damit die Produktivität und Widerstandsfähigkeit der Unternehmen. Denn nur eine gesunde Wirtschaft, ein solider Finanzhaushalt und gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen für normale Zeiten ermöglichen es unserer Gesellschaft, eine solche Krise erfolgreich zu meistern.

### Vorwärtsstrategie für die Wirtschaft

Der Bundesrat muss sich bereits jetzt intensiv mit der langfristigen Strategie beschäftigen. Denn noch wichtiger als kurzfristige Überlebenshilfe ist, dass die Wirtschaft nach dem Rückschlag rasch wieder stark und konkurrenzfähig wird – die FDP fordert dafür entsprechende Rahmenbedingungen.

Nur mit einer gesunden Wirtschaft sind wir im Stande, auch eine nächste Krise erfolgreich zu meistern und den Wohlstand zu erhalten. Wenn das Schlimmste der Corona-Krise überstanden ist, braucht es dringend ein Fitness-Programm für



unsere Volkswirtschaft. Die von der FDP im August 2019 vorgelegte Vorwärtsstrategie für den Wirtschaftsstandort Schweiz ist damit aktueller denn je (siehe nachfolgende Box) – sie erscheint aus heutiger Sicht schon fast wie eine Vorahnung auf die aktuellen Ereignisse. Es ist aber auch klar, dass es gerade in dieser aussergewöhnlichen Lage weitergehende Deregulierungen und Entlastungen für Unternehmen braucht – im Sinne einer Investition in die langfristige Prosperität unseres Landes und den Wohlstand der Bevölkerung. Zu denken ist dabei an eine Reduktion der Steuer- und Abgabelast, die Flexibilisierung des Arbeitsrechts oder die zusätzliche Förderung von Forschung und Innovation. Packen wir die Chancen, die die Zukunft bietet.

**Beat Walti**  
Nationalrat ZH und Fraktionspräsident

#### Das fordert die FDP in der Vorwärtsstrategie:

- **Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen** und weniger Bürokratie. Der **Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer** ist überfällig.
- Die Schweiz braucht genügend **Fachkräfte**. Wir fordern ein **Start-up-Visum** für die Techszene.
- **Libere Rahmenbedingungen** machen die Schweiz als Standort attraktiv und stärken die Wirtschaft. **Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen** sind zu bekämpfen.
- **Der Zugang zum EU-Binnenmarkt** muss gesichert werden, gleichzeitig sind **Freihandelsabkommen** ausserhalb der EU abzuschliessen.
- Eine **langfristige Steuerstrategie** sichert die Wettbewerbsfähigkeit. Das Steuersystem muss einfach, attraktiv sowie verhältnismässig sein, und **Leistung muss sich lohnen**.
- Teilnahme an **Forschungsrahmenprojekten der EU** ist sehr wichtig für unseren **Forschungs- und Innovationsplatz**. Gleichzeitig braucht es aber auch mehr **Kooperationen ausserhalb von Europa**.
- Eine kluge **Finanzplatzregulierung** soll zwar die Risiken eliminieren, nicht aber gleich den ganzen Finanzsektor mit dazu.

Parlamentarische Gruppe für Start-ups und Unternehmertum schlägt konkrete Massnahmen vor

## Corona trifft Start-ups hart

Drei Viertel der Start-ups fallen durch das Corona-Rettungsnetz und haben akute Finanzierungsschwierigkeiten. Als parlamentarische Gruppe schlagen wir dem Bundesrat vor: Wenn der Bund für die Kredite an KMUs bürgt, soll er es auch bei den Start-ups tun – etwa über eine «Public-Private-Partnership».

Bund und Kantone haben in den letzten Jahren viel Zeit und Steuergelder in ein florierendes Start-up-Ökosystem investiert. Innosuisse verantwortet die Innovationsförderung für die ganze Schweiz, Kantone haben u. a. als Trägerinnen von Technoparks den Nährboden für Innovation geschaffen, und Bildungseinrichtungen wie Universitäten und Fachhochschulen sind darum bemüht, dass immer mehr Studierende während oder nach Abschluss ihrer Ausbildung ein Unternehmen («Spin-Off») gründen sollen.

Start-ups zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine Innovation auf den Markt bringen, welche stark skalierbar ist. Meistens investieren sie ihr Kapital in den ersten Jahren in Forschung sowie Entwicklung und erwirtschaften erst später einen relevanten Umsatz. So ist ihr Fortbestehen zu Beginn nur möglich, wenn genügend Wagniskapitalgeber in ihre Idee investieren. Abhängig vom Fortschritt werden laufend neue Kapitalerhöhungen durchgeführt, was im Englischen als «Deal Flow» bezeichnet wird.

#### Wegfall von Start-ups schaden dem Standort

Die aktuelle Wirtschaftskrise trifft die Start-ups deshalb besonders hart. Sie sind von den bisherigen Unterstützungsmassnahmen des Bundesrates weitgehend ausgeschlossen, weil sich diese in erster

Linie auf den Umsatz beziehen. Weiter werden geplante Finanzierungsrunden nicht (mehr) durchgeführt, weil sich Wagniskapitalgeber entweder ganz zurückziehen oder ihre Bemühungen auf bestehende Investitionen beschränken.

Umfragen von Venturelab und der Parlamentarischen Gruppe Start-ups und Unternehmertum – welche ich zusammen mit Judith Bellaiche (glp) präsidiere – zeigen, dass gut drei Viertel der Start-ups durch das Rettungsnetz durchfallen und akute Finanzierungsschwierigkeiten haben. An dieser Stelle kann man argumentieren, dass dies das Risiko einer solchen Investition ist und es in der Natur der Sache liegt, dass nicht jedes Start-up überleben wird. Unter normalen Bedingungen stimmt diese Argumentation. Nur ist die Situation heute eine andere, wenn der ganze «Deal Flow» nicht mehr existiert.

Wenn heute keine Start-ups mehr gegründet würden, wenn sehr erfolgversprechende Firmen mit mehreren dutzenden Mitarbeitenden von heute auf morgen kein Geld mehr hätten, dann wären die Schäden für das Ökosystem irreversibel. Diese Umstände hätten zur Konsequenz, dass in den kommenden Jahren wenige neue, innovative Firmen auf dem Markt wären, was wiederum für den Wirtschaftsstandort Schweiz schlechte Zukunftsaussichten wären.



Andri Silberschmidt: «Viele fallen durch das Rettungsnetz.»

#### Überbrückung für Start-up-Biotop

Deshalb muss es das Ziel sein, den «Deal Flow» so gut wie möglich aufrechtzuerhalten. Als parlamentarische Gruppe haben wir folgenden Vorschlag ausgearbeitet und dem Bundesrat vorgelegt: Wenn der Bund für die Kredite an KMUs bürgt, soll er es auch bei den Start-ups tun. Da diese Kredite im Gegensatz zu den KMUs mit mehr Risiko behaftet sind, soll die Bürgschaft verzinst und bei 85 Prozent beschränkt werden. Das Geld soll von Risikokapitalgebern kommen, wie zum Beispiel von Venture-Capital-Investoren. Diese «Public-Private-Partnership» könnte das Ökosystem und damit Milliarden an Vorleistungen durch die öffentliche Hand und Private überbrückungsweise sichern. Der Bundesrat wird das weitere Vorgehen Ende April beschliessen.

**Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH**



# Vorbereitung ist Gold wert

## Gesundheitspolitische Erkenntnisse zu Covid-19

Ist das Coronavirus in der Schweiz einigermassen überstanden, muss die Aufarbeitung beginnen: Was hat funktioniert, was ist zu verbessern? Das ist entscheidend, um für eine zukünftige Pandemie noch besser gerüstet zu sein. Gesundheitsexperte Frank Rühli erläutert erste gesundheitspolitische Erkenntnisse für die Zukunft.

Vieles über den Beginn und den weiteren Verlauf der Covid-19-Pandemie ist immer noch unbekannt, alle Aussagen zum jetzigen Zeitpunkt (Redaktionsschluss 8. April 2020) sind also mit Vorsicht zu geniessen. Sicher ist: Die Covid-19-Pandemie ist, insbesondere auch für die Schweiz, die wohl grösste gesellschaftliche Herausforderung seit Jahrzehnten. Politisch stellt sich zum Beispiel die Frage, inwieweit die subtile Balance zwischen Exekutive und Legislative, aber auch zwischen Bund und Kantonen davon beeinflusst werden wird. Daneben gilt es, auch gesundheitspolitische Erkenntnisse herauszuschälen. Diese vertieft zu analysieren, wird auch Aufgabe der Gesundheitskommission der FDP Schweiz sein.

### Es braucht genügend Ressourcen

Die bisherigen Eckpunkte freisinniger Gesundheitspolitik behalten ihre Gültigkeit. Unser Gesundheitswesen ist aktuell sehr gut aufgestellt und zeigt eine beeindruckende Leistungsfähigkeit

(bspw. Anzahl zusätzlich verfügbarer Intensivpflege-Plätze). Trotzdem findet in solchen Phasen des Umbruchs oft auch ein Wertewandel statt. Als Folge der Krise dürfte die Wertschätzung der medizinischen und medizinnahen Berufe in der Bevölkerung weiter ansteigen. Gesundheit ist jedermanns höchstes Gut, ein Ausspielen der Wirtschaft versus Gesundheit ist daher kurzsichtig.

Um mittelfristig gesundheitspolitisch erfolgreich zu sein, gilt es, diesen gesellschaftlichen Wertewandel auch im eigenen politischen Kanon abzubilden: Eine zukunftsgerichtete freisinnige Gesundheitspolitik sollte gelebte Solidarität, ethischen Gemeinsinn und Nachhaltigkeit umfassen. Kostensenkungen dürfen nicht Selbstzweck sein. Erst wer beispielsweise selber mal den Echteinsatz in einer Intensivstation erlebt hat, weiss, was dabei die physischen, psychischen, technischen und intellektuellen Herausforderungen sind. Es reicht nicht, Ärzten und Pflegenden als Dank zuzuklatschen, es braucht schlicht genügend finanzielle Mittel für genug

(Reserve-)Personal und Infrastruktur sowie für noch resilientere Strukturen.

### Schnelligkeit und Flexibilität entscheidend

Der Gesundheitsmarkt ist als ökonomisches Gemeinwohl stark reguliert und voller «Reformstau». In Notzeiten muss aber der Forschung und der Gesundheitsversorgung unbürokratisch und rasch geholfen werden können. Innovative und marktfreundliche Initiativen sind dann besonders wichtig. Flexible und pragmatische Leistungserbringer (bspw. Umnutzungen von Anlagen) und situationsgerechte Netzwerke retten Leben. Schnelles, massives Handeln ist epidemiologisch Gold wert.

### Krisenvorbereitung optimieren

Das aktuelle Epidemienetz hat sich bewährt, das politische Krisenmanagement mehrheitlich ebenso. Der Bund hat zwar in ausserordentlichen Lagen die kurzfristige, exekutive Führung, die Kantone und



Frank Rühli

Gemeinden sind aber als Umsetzer integral einzubeziehen und wirken besonders in der wichtigen postakuten Phase einer Pandemie. Vorbereitung ist ein hohes Gut, zukünftig müssen für Krisenbewältigungen noch mehr materielle und personelle Reserven eingerechnet werden und der Ernstfall auch wirtschafts- und gesellschaftspolitisch vermehrt geplant und geübt werden. Starke Führungspersönlichkeiten sind nötig, um von der Bevölkerung Vertrauen und die nötige präventivmedizinische Disziplin einfordern zu können.

Die FDP kann in dieser einmaligen Situation zeigen, was staatstragende Verantwortung wirklich bedeutet, indem sie das zentrale Dossier Gesundheitspolitik noch stärker besetzt. Nach der Phase der operativen Hektik und des politischen Notkonsenses gilt es nun nachhaltig mitbeizutragen, dass wir für eine weitere – vielleicht noch viel schlimmere – Pandemie optimal vorbereitet sind.

**Prof Dr. Dr. med. Frank Rühli**  
Präsident Gesundheitskommission FDP Schweiz  
frank.ruehli@gmail.com



# Für eine sichere Zukunft

Ja zum Ersatz unserer Luftwaffe ab 2030

Zurzeit findet die grösste Mobilmachung seit dem 2. Weltkrieg statt. Rund 5000 Armeeangehörige unterstützen das Personal in Spitälern, in der Logistik und zum Grenzschutz. Die Leistung unserer Armeeangehörigen ist beeindruckend. Dennoch betreibt die GSoA mit der aktuellen Situation billige Stimmungsmache und propagiert, dass wir besser in die Beschaffung von Masken statt von neuen Kampfflugzeugen investieren sollten. Das eine kann aber nicht gegen das andere ausgespielt werden. Eine seriöse Sicherheitspolitik muss die ganze Bandbreite von möglichen Bedrohungen berücksichtigen.

Heute sind die Sicherheitsorganisationen im Einsatz gegen das Coronavirus. Doch was ist morgen, in zehn oder zwanzig Jahren? Wir sind gehalten, unsere sicherheitspolitischen Planungen langfristig und losgelöst von der aktuellen Lage auszurichten. Dabei sind auch Bedrohungen zu berücksichtigen, die uns heute weniger wahrscheinlich erscheinen oder wir noch gar nicht kennen. Das wohl grösste sicherheitspolitische Projekt in nächster Zeit bleibt die Modernisierung und Erneuerung unserer Luftwaffe. Die neuen Flugzeuge sind wichtig für die Gewährleistung der Sicherheit unseres Luftraums in allen Situationen: in normalen, besonderen oder ausserordentlichen Lagen.

### Die Armee: ein Gesamtsystem

Die einzige strategische Reserve zum Schutz unseres Landes ist die Armee, indem sie ein breites

Spektrum von Bedrohungen abdeckt und vielseitig einsetzbar ist. Dazu gehören Kampfflugzeuge genauso wie Mittel und Kompetenzen im Cyber- oder Sanitätsbereich. Unsere Armee ist ein Gesamtsystem, und sie bedarf entsprechend einer weitsichtigen Planung für Organisation, Ausrüstung und Ausbildung.

Natürlich können Kampfflugzeuge nicht für den Kampf gegen das Coronavirus eingesetzt werden. Aber der Luftpolizeidienst muss sowohl in normalen Lagen als auch bei einer Pandemie betrieben werden können, um den Luftraum zu sichern. Abgesehen davon entstehen durch die momentane Krise unmittelbare und mittelfristige sicherheitspolitische Folgen, welche noch nicht absehbar sind. Fest steht, dass massive Staatsverschuldungen, die absehbare weltweite Rezession oder die Abschottung autoritärer Regimes nicht zu einer Stabilisie-

rung der Sicherheitslage beitragen werden. Es ist anzunehmen, dass vermehrt Spannungen auftreten werden. Wir können selbst in Europa bewaffnete Konflikte nicht mit Sicherheit für die nächsten 40 Jahre ausschliessen.

### Solide Grundlagen geschaffen

Die im Rahmen von Air2030 zu beschaffenden Kampfflugzeuge ersetzen die heutigen, in die Jahre gekommenen Flugzeuge aufgrund eines anspruchsvollen Evaluations- und Beschaffungsprozesses zwar erst in rund zehn Jahren, trotzdem führt uns das Coronavirus schon heute eindrücklich vor Augen, wie schnell sich die weltweite Lage ändern kann. Es ist nun umso wichtiger, auf allfällige Gefahren vorbereitet zu sein und nicht erst an die Bekämpfung von Krisen zu denken, wenn sie schon da sind. In den letzten Jahren wurden richtigerweise



Thierry Burkart

Pandemieszenarien trainiert, welche in den Medien und in der Öffentlichkeit oft belächelt wurden. Die so gesammelten Erfahrungen helfen uns nun in der Bewältigung der aktuellen Krise. Trotzdem kann bei der Planung nicht immer alles vorausgesehen werden. Dies zeigt sich nun bei fehlenden Schutzmasken, Intensivpflegebetten und Beatmungsgeräten. Seit der Armee-Reform 95 verzichten wir auf armeeeigene Produktionsanlagen für Sauerstoff und Stickstoff, weshalb wir nun nicht auf diese strategische Reserve zurückgreifen können.

Die Bedrohungen und Gefahren sind in den letzten Jahren vielfältiger und unberechenbarer geworden. Genau deshalb ist es unerlässlich, vorauszu-denken und in die Zukunft zu investieren. Ohne eine funktionstüchtige Luftwaffe riskiert die Schweiz einen ungeschützten Luftraum ab 2030. Schweizer Armeeplaner haben mit ihrer Arbeit eine solide Grundlage für heute zu treffende Entscheide geliefert, durch die wir uns in Zukunft selbstständig schützen können.

**Thierry Burkart, Ständerat AG**



# Keine Experimente in diesen Zeiten

Nein zur Kündigungsinitiative

Die Wirtschaft stockt, die Schweiz steht vor einer Rezession. Wird im kommenden Herbst die Kündigungsinitiative angenommen, wird es noch schlimmer kommen. Denn die ausgezeichneten Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union würden schwer beschädigt – dauerhaft und selbstverschuldet.

Dass uns die Corona-Krise getroffen hat, ist nicht unsere Schuld. Neben der Verletzlichkeit unserer Welt zeigt uns Covid-19 aber auch, wie sehr die einzelnen Länder und ihre Volkswirtschaften miteinander verbunden sind. Da macht die Schweiz

keine Ausnahme, auch wenn ihre Volkswirtschaft ausserordentlich leistungsfähig ist.

Die Schweiz lebt von zwei Faktoren: vom Aussenhandel, mit dem sie zwei von fünf Franken verdient. Dabei geht mehr als die Hälfte unserer

«Die Kündigungsinitiative ist überaus wirtschaftsfeindlich. Man redet von Zuwanderung, zerstört aber Innovation und Vertrauen!»

Exporte in die Länder der EU, vor allem in die Grenzregionen zur Schweiz. Entsprechend hängt unser Wohlstand von stabilen Brücken zu unseren Nachbarn ab. Diese sichern nicht nur die Ökonomie. Sie garantieren uns auch den Zugang zu den europäischen Forschungsprogrammen, von denen ganz direkt unsere Hochschulen profitieren. Zudem ermöglichen sie uns Zugang zu Fachwissen, das in unserem Land fehlt. Grundlage für all das sind die bilateralen Verträge. Damit tragen sie wesentlich zu unserem Wohlstand bei.

### Brücken werden abgerissen

Genau dieser Wohlstand steht auf dem Spiel, wenn wir im Herbst über die Begrenzungsinitiative der SVP abzustimmen haben. Denn in Tat und Wahrheit ist sie eine Kündigungsinitiative, welche die bewährten Brücken einreiss. Vordergründig verlangt sie vom Bundesrat, einen neuen Zuwanderungsvertrag auszuhandeln. Sollte innerhalb von 12 Monaten mit der EU kein Ergebnis vorliegen, muss die Personenfreizügigkeit gekündigt werden. Abgesehen davon, dass bei einer solch kurzen Verhandlungsfrist die Schweiz stark unter Druck gesetzt werden kann, zumal sie Bittstellerin ist, wird die Zeit kaum reichen, überhaupt zu einem Resultat zu kommen. Wegen der Guillotine-Klausel werden alle bilateralen Verträge hinfällig. Kurz, die Kündigungsinitiative ist absolut wirtschafts- und innovationsfeindlich.

### Eine verantwortungslose Initiative

Wenn wir also die bewährten Brücken zu Handel, Forschung und Lehre einreissen, kann dies auch nicht mit intensiveren Beziehungen zu anderen Wirtschaftspartnern in anderen Weltregionen wettgemacht werden. Allein die längeren Wege bilden grosse Hindernisse, insbesondere für unsere kleineren und mittleren Betriebe. Zudem würde die Schweiz den Zugang zum Forschungsabkommen der EU verlieren und so unsere herausragende Stellung als Innovationsstandort aufs Spiel setzen. Fahrlässig und ohne Not. Und anders als bei Corona, wo der Bundesrat die drastischen Massnahmen lockern kann, wäre der Schaden nicht einfach per Dekret zu beheben. Es ist deshalb verantwortungslos von der SVP, die Schweiz zu zwingen, ein gutes Vertragswerk aufzugeben, während unsere Wirtschaft und Forschung mit vielen anderen Unsicherheiten zu kämpfen haben – insbesondere vor dem Hintergrund der Rezession, die auf uns zukommen wird. Auf dieses halsbrecherische Experiment darf sich die Schweiz nicht einlassen. Gerade jetzt müssen wir zusammenstehen, als Land, als Bevölkerung, als FDP. Reissen wir keine Brücken ab, und sagen wir Nein zur Kündigungsinitiative.

Damian Müller, Ständerat LU



# Institutionelles Rahmenabkommen

Zusätzliche Zeit im Interesse der Schweiz nutzen

Mit dem seit Dezember 2018 vorliegenden sogenannten institutionellen Rahmenabkommen (InstA) soll der diskriminierungsfreie Zugang der Schweiz zum EU-Binnenmarkt sichergestellt werden. Während die EU nun wegen der Covid-19-Pandemie die Verordnung über Medizinprodukte ein Jahr später als geplant in Kraft setzen wird, verschob der Bundesrat die Volksabstimmung über die sogenannte Begrenzungsinitiative auf den Herbst. Unerwartet gewinnt die Schweiz dadurch wertvolle Zeit.

Das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU ist gerade für die hiesige Exportwirtschaft von grösster Bedeutung. Neben dem Freihandelsabkommen von 1972, welches bei einer allfälligen Kündigung der Bilateralen Verträge eine wichtige Auffangfunktion übernehmen würde, sichern insbesondere die unter die Guillotine-Klausel fallenden sogenannten Bilateralen-I-Verträge den diskriminierungsfreien Zugang zum EU-Binnenmarkt.

## Verrechtlichung des bilateralen Verhältnisses

Mit einem InstA sollen der gegenseitige Marktzugang nun weiter vereinfacht sowie zukünftige Blockaden und Diskriminierungen verhindert werden. Dies ist grundsätzlich zu begrüssen.

Es gilt jedoch zu bedenken, dass der vorliegende Entwurf auch die rechtlichen Mechanismen der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU

verändert, indem die Rechtsaktualisierung dynamisiert und ein Streitschlichtungsmechanismus geschaffen wird. Die sogenannte dynamische Rechtsübernahme schränkt unsere direkt-demokratischen und föderalistischen Rechtsetzungszuständigkeiten zwar formell nicht ein, denn wir sind grundsätzlich weiterhin frei, eine Rechtsentwicklung zu übernehmen oder nicht. Bei einer Nicht-Übernahme müssten wir allerdings – je nach Inhalt und Umfang der entsprechenden Rechtsentwicklung – entweder verhältnismässige Ausgleichsmassnahmen oder die Aktivierung der – gemäss vorliegendem InstA-Entwurf weiter bestehenden – Guillotine-Klausel akzeptieren.

Durch diese grundsätzlich positive Verrechtlichung des bilateralen Verhältnisses werden bisherige Ermessens- und Verhandlungsspielräume und damit auch diskriminierende Massnahmen der EU-Kommission gegenüber der schweizerischen Euro-

papolitik eingeschränkt. Dabei bleiben durch den Vertragstext des InstA aber wichtige Fragen offen, bei denen es in Zukunft zu Rechtsstreitigkeiten kommen könnte. Aus diesem Grund verlangt die FDP da Klärungen, wo das Rahmenabkommen noch Interpretationsspielräume offenlässt. Nur so kann die durch das InstA angestrebte Rechtssicherheit tatsächlich verwirklicht werden.

## Gewonnene Zeit für Konkretisierungen nutzen

Die EU hat jüngst angekündigt, die neuen Regeln für Medizinprodukte ein Jahr später als geplant in Kraft zu setzen. Dadurch verliert sie kurzfristig ihr wichtigstes Druckmittel für einen raschen Abschluss des InstA. Zudem hat der Bundesrat die



Alain Bai

Volksabstimmung über die sogenannte Begrenzungsinitiative vom 17. Mai 2020 verschoben. Der Bundesrat sollte die gewonnene Zeit nun nutzen und entsprechende Vorschläge zur erforderlichen Konkretisierung des InstA-Entwurfs erarbeiten, die sowohl von der EU als auch in einer Volksabstimmung akzeptiert werden können.

Ziel muss es sein, die Teilnahme der Schweiz am EU-Binnenmarkt mit präzisen völkervertraglichen Mechanismen sicherzustellen. Denk- und wünschbar wäre ein gegenseitiger Notenaustausch oder Briefwechsel zwischen dem Bundesrat und der EU-Kommission über die Auslegung und Anwendung einzelner unklarer und umstrittener Bestimmungen des InstA. So könnten etwa – wie von der FDP gefordert – die integrale Übernahme der Unionsbürgerrechtlinie ausgeschlossen und das schweizerische System der Sozialpartnerschaft ausdrücklich anerkannt werden.

**Alain Bai, Gemeinderat Muttenz (Kanton BL)  
Assistent und Doktorand an  
der Juristischen Fakultät der Universität Basel**



# Aus Liebe zum Menschen

Moderator und Pflegefachmann

Als 16-Jähriger erreichte Sabir Semsî mit dem von ihm lancierten Projekt «Radio Sek Romanshorn 3» überregionalen Bekanntheitsgrad. Obwohl auch heute noch an verschiedenen Anlässen als Moderator im Einsatz, hat der Romanshornener beruflich einen anderen Weg gewählt. Als diplomierter Pflegefachmann HF betreut der 23-Jährige im Spital Münsterlingen auch schwer erkrankte Corona-Patienten.

Sein Interesse an den Menschen, sein Tatendrang, sein gewinnendes Auftreten und seine Kommunikationsfähigkeit zeichneten Sabir Semsî schon immer aus. Mit seinem Projekt «Radio Sek Romanshorn 3» überzeugte er den Schulleiter, beschäftigte 35 Schülerinnen und Schüler und wurde überregional bekannt. Sogar die damals amtierende Miss Schweiz Dominique Rinderknecht konnte der 16-Jährige für einen Liveauftritt gewinnen.

### Den Traumberuf ergriffen

In seiner Freizeit steht Sabir Semsî gerne als Moderator im Einsatz und schreibt Kolumnen. Doch nie hat er bereut, sich beruflich für einen anderen Weg entschieden zu haben. «Für mich war lange vor der dritten Oberstufe klar, dass ich «Fachmann Gesundheit» werden wollte. Aus Liebe zum Menschen», betont er. Ganz bewusst habe er den Aus-

bildungsplatz bei der Spitex in Romanshorn angenommen. «Ich wollte Menschen aus meiner Nähe betreuen und Verantwortung übernehmen.» Angenommen von seinem Beruf absolvierte er im Anschluss an seine dreijährige Berufslehre die höhere Ausbildung zum Pflegefachmann HF. Sein Diplom erhielt er freitags, seine Stelle am Spital Münsterlingen trat er am folgenden Montag an. «Ich wollte nach der Theorie schnellstmöglich praktisch arbeiten», erinnert er sich.

### An schwierigen Aufgaben wachsen

Nicht zu wissen, was noch folge, aber auch die Gewissheit, dass die von ihm betreuten Corona-Patienten in einer sehr schwierigen Situation sind und in dieser für sie sehr belastenden Zeit keinerlei persönliche Kontakte pflegen können, sei auch für das Spitalpersonal keine einfache Situation. «Aber ich

sehe es auch als Chance, um weiter zu wachsen», so der Romanshornener. Er spüre sehr viel Dankbarkeit, und es gebe Glücksmomente. «Als ich kürzlich einem zuvor schwer erkrankten Corona-Patienten im Abschlussgespräch die Richtlinien für die Heimisolation erklären durfte, empfand ich eine riesige Genugtuung.» Sein Fachwissen und seine Empathie für die Menschen helfen ihm. Aber auch seine Kommunikationsfähigkeit und sein gewinnendes Lachen, welche auch in seinem Hobby als Moderator wichtig sind, sind derzeit sehr wertvoll. Denn die an Covid-19 erkrankten Patientinnen und Patienten bekommen ausschliesslich Pflegenden in voller Schutzmontur zu Gesicht. «Emotionen können wir nur mit unserer Stimme von uns geben.»



### Fasziniert von der Politik

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind ihm wichtig. «Es ist für mich manchmal schockierend, wie wenig sich die Leute für die Dorfpolitik interessieren und wie fahrlässig mit demokratischen Rechten umgegangen wird.» Obwohl Sabir Semsî aufgrund der aktuellen Lage kaum Zeit für seinen Wahlkampf hatte, schaffte der 23-Jährige bei den Kantonsratswahlen 2020 bereits ein beachtliches Resultat. Weitere Aktivitäten in der Politik schliesst der Thurgauer nicht aus. «Wenn es mein Beruf zulässt, werde ich sicher öffentliche Aufgaben übernehmen.» Vorerst hofft das Vorstandsmitglied der FDP Romanshorn, dass die aktuelle Krise rasch und gut gemeistert werden kann und dass dem Gesundheitswesen in der Schweiz die nötige Beachtung geschenkt wird. «Wir dürfen es nicht so weit wie andere Länder kommen lassen und müssen unbedingt dafür sorgen, dass wir auch künftig genügend Personal in den Pflegeberufen haben.»

**Marie-Theres Brühwiler**  
Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Thurgau



# FDP hält Versprechen

Freisinnige Umwelt- und Klimapolitik in vollem Gange

Die FDP hat im Wahljahr das Versprechen abgegeben, ihre Umwelt- und Klimapolitik zu stärken. Sie hat eine Politik bestehend aus Eigenverantwortung, Innovation und Lenkung beschlossen und dazu ein kontroverses Positionspapier verabschiedet. Gut ein Jahr nach der Lancierung dieses Prozesses kann eine erste Bilanz gezogen werden. Das Ergebnis kann sich sehen lassen, und wir kommen klar zum Schluss: Die FDP hält ihr Versprechen.

Wir tragen speziell in der Klimapolitik gegenüber den nachfolgenden Generationen eine grosse Verantwortung – Nichtstun ist keine Option! Wir setzen uns darum für eine griffige, freisinnige Umwelt- und Klimapolitik ein und haben unsere Leitlinien im Positionspapier vom Juni 2019 basisdemokratisch festgelegt. Das Positionspapier hat im Wahljahr viel Staub aufgewirbelt und zu kontroversen Diskussionen innerhalb und ausserhalb der FDP geführt. Dieser Diskurs war nötig, um aufzuzeigen, dass die FDP sich dieses Themas ernsthaft annimmt und auch in Zukunft eine zentrale, gestaltende Rolle in der Umwelt- und Klimapolitik einnehmen will und wird.

Gut ein Jahr nach der Lancierung dieses Prozesses ziehen wir nun eine erste Bilanz. Sie soll zeigen, was bisher erreicht wurde und ob wir als FDP unsere Versprechen eingehalten haben oder nicht.

## Gezielte Massnahmen für den Klimaschutz im CO<sub>2</sub>-Gesetz

Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Nur mit einer mehrheitsfähigen Vorlage kommen wir der Umsetzung des Pariser Klimaübereinkommens näher, das die Schweiz ratifiziert hat und hinter dem auch die FDP klar steht.

Nachdem wir bereits im Ständerat im Herbst 2019 unsere Forderungen aus dem Positionspapier erfolgreich haben einfließen lassen, konnten wir in der nationalrätlichen Umweltkommission (UREK-N) entscheidend darauf hinwirken, dass die Massnahmen zugunsten des Klimaschutzes weiter optimiert werden.

So sollen die Mittel aus dem Klimafonds stärker durch das Parlament kontrolliert und anhand von Effizienzkriterien gezielter eingesetzt werden, beispielsweise für die Forschung und Entwicklung insbesondere im Flugverkehr. Ebenfalls dank der FDP konnte die kurzfristig im Ständerat eingebrachte Privatflugabgabe korrigiert werden, sodass die Business-Jets gezielter in die Pflicht genommen werden. Entscheidend war die FDP in der Mehrheitsfindung bei den nationalen CO<sub>2</sub>-Grenzwerten für den Gebäudebereich. Damit wird der föderale Aufbau stärker respektiert, ohne gleichzeitig die ambitionierten Zielwerte zu torpedieren. Zentral für den wichtigen Beitrag der Wirtschaft ist die erreichte Mehrheit zugunsten der Ausweitung der Zielvereinbarungssysteme auf alle Unternehmen. Diese Erfolge sind nur zustande gekommen, weil die FDP sich sehr aktiv in der Kommissionsarbeit eingebracht hat. Sobald der reguläre Sessionsbe-

trieb wieder aufgenommen wird, muss der Nationalrat diese gute Vorlage rasch verabschieden, damit wir in der Klimapolitik bis 2030 einen ambitionierten und umsetzbaren Plan haben.

## Erfolgreiche Vorstösse im Parlament

Neben dem CO<sub>2</sub>-Gesetz gibt es aber selbstverständlich noch viele weitere Brennpunkte, die in der Umwelt- und Klimapolitik angegangen werden müssen. Dazu hat sich die FDP in den vergangenen Monaten über mehrere Vorstösse im Parlament eingebracht. Und die Bilanz dieser Vorstösse spricht für sich. Von den 21 Vorstössen, die bereits behan-



Susanne Vincenz-Stauffacher

delt wurden, wurden nur drei Vorstösse abgelehnt. Diese hohe Erfolgsquote ist nicht selbstverständlich und zeigt, dass wir mit unseren Forderungen aus dem Positionspapier mehrheitsfähige Lösungen vorgeschlagen haben, die auch einen Grossteil des Parlamentes überzeugen. So konnten wir z.B. im Bereich Natur- und Gewässerschutz zwei wichtigen Vorstössen bezüglich Littering und Schutz vor Plastikmüll zur Annahme verhelfen. Ebenfalls erfolgreich war die FDP bei der Thematik Fernwärme- und Fernkälte-Infrastruktur, um das Potenzial besser auszunutzen. Speziell erwähnenswert sind zudem sicherlich die erfolgreichen Vorstösse im Bereich Kreislaufwirtschaft. Dabei liegt der Fokus vor allem auf der Deregulierung, um das Innovationspotenzial in diesem Bereich zu nutzen. Zu guter Letzt zeigen die Vorstösse der FDP im Bereich der nachhaltigen Finanzbranche, dass auch dort viel Potenzial für mehrheitsfähige Lösungen vorhanden ist.

## Positive Bilanz

Das Ergebnis des Positionspapiers und der daraus erarbeiteten politischen Massnahmen kann sich sehen lassen. Sowohl bei den bundesrätlichen Vorlagen wie auch bei den Einzelvorstössen sind die Forderungen der FDP von Erfolg gekrönt. Sie zeigen aber vor allem eines: Die FDP hält ihr Versprechen aus dem Wahljahr 2019 ein.

Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin SG



# Update zur Renteninitiative

Anfang Juni geht die Unterschriftensammlung weiter

Wegen Corona steht vorerst auch das Sammeln von Unterschriften für die jungfreisinnige Renteninitiative still. Umso wichtiger deshalb, dass der Prozess auch mit Ihrer Unterstützung bald mit voller Kraft weitergehen kann.

Vor knapp drei Wochen hat der Bundesrat die ausserordentliche Lage ausgerufen. Seitdem steht nicht nur die Wirtschaft nahezu still. Auch sämtli-

che politischen Grossaktionen sind verboten worden. Namentlich bleibt es vorerst untersagt, bis Ende Mai 2020 Unterschriften für eidgenössische

Volksbegehren zu sammeln. Hiervon ist auch unsere Renteninitiative betroffen. Dafür wurden aber die Sammelfristen entsprechend verlängert.

### Wir bleiben motiviert am Ball

Wir Jungfreisinnige haben in den letzten Monaten vieles für unsere Initiative getan: So waren wir einerseits bemüht, weitere Gelder für unser Projekt einzuwerben – eine Initiative ist gerade in finanzieller Hinsicht ein wahrer Kraftakt. Andererseits haben wir all unsere Sektionen mobilisiert und fleissig Unterschriften gesammelt. Stand heute gehen wir davon aus, dass wir bis Ende Jahr rund 90 000 Unterschriften gesammelt haben werden.

Die Zwischenzeit bis Ende Mai 2020 nutzen wir, um die bisherigen Bemühungen Revue passieren zu lassen und den künftigen Handlungsbedarf zu skizzieren. Die Unterschriftensammlung soll nämlich am 1. Juni 2020 geradewegs weitergehen!

### Ihre Unterstützung zählt

Wir sind froh, dass die FDP/Die Liberalen unsere Initiative aktiv unterstützt. Es ist an der Zeit, dass die Forderung nach einer moderaten Erhöhung des Rentenalters bzw. einer nachhaltig finanzierten AHV endlich auf die nationale Politagenda gebracht wird. Umso wichtiger ist es, dass wir alle an einem Strick ziehen und Unterschriften für die Renteninitiative sammeln!

Helfen Sie bitte mit, unsere Initiative ab dem 1. Juni 2020 tatkräftig zu unterstützen. Wir brauchen Sie! Gemeinsam können wir die nötige Anzahl Unterschriften sammeln.

**Matthias Müller**  
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

## Der Einfluss der Corona-Krise auf die AHV/IV

Das Defizit der AHV wächst kontinuierlich: 2019 wurden 1,2 Mrd. Franken mehr AHV-Beiträge ausbezahlt als eingenommen. Damit ist das AHV-Umlageergebnis zum sechsten Mal in Folge negativ. Nur dank eines positiven Anlageergebnisses des AHV-Ausgleichsfonds beläuft sich das AHV-Betriebsergebnis auf (plus) 1,7 Mrd. Franken. Der Druck auf die AHV nimmt damit aber nicht ab, im Gegenteil: Nicht nur leidet die AHV unter den Einbrüchen bei der Umlagefinanzierung. Die Corona-Krise verschärft die ganze Situation zusätzlich. Auch die IV leidet darunter.

### Höhere Arbeitslosenzahlen

Die Corona-Krise hinterlässt deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt. So stieg die Arbeitslosenquote von 2,5 Prozent im Februar 2020 auf 2,9 Prozent im März 2020. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöh-

te sich die Arbeitslosigkeit um rund 20 Prozent. Das trifft die AHV hart, denn aufgrund der Umlagefinanzierung stammt ein wesentlicher Teil ihrer Erträge aus den laufenden Lohnbeiträgen, die jetzt wegbrechen. Weil nun eine globale Rezession erwartet wird, ist damit zu rechnen, dass die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen wird. Die Defizite der AHV werden deshalb stärker zunehmen.

### AHV-Reform

Vor diesem Hintergrund wäre eine Reform notwendig, die Zusatzeinnahmen und – bestenfalls – strukturelle Massnahmen vorsieht. In seiner Botschaft zur Stabilisierung der AHV ans Parlament schlägt der Bundesrat die Angleichung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,7 Prozentpunkte vor. Diese Massnahmen führten zwar zu Einsparungen. Diese fal-

len im Ergebnis aber nicht wirklich hoch aus, weil ein Grossteil für soziale Abfederungen gebraucht werden soll. Zudem ist aufgrund der Corona-Krise ungewiss, wann das Parlament die Vorlage beraten und darüber abstimmen kann.

### IV schreibt ebenfalls rote Zahlen

Das Defizit 2019 der IV betrug 383 Mio. Franken. Nur dank der Performance an den Finanzmärkten erreichte der IV-Ausgleichsfonds ein Ergebnis von 407 Mio. Franken. Am Schluss bleibt deshalb ein IV-Betriebsergebnis von (plus) 24 Mio. Franken. Die Schulden der IV bei der AHV belaufen sich aber weiterhin auf rund 10 Mrd. Franken; viel Geld, auf das die AHV dringend angewiesen wäre. Da die IV auch umlagefinanziert ist, leidet sie wie die AHV besonders unter einem Rückgang der Lohnbeiträge.

Homeoffice

# Auch nach Corona eine Option

Die Förderung von Arbeit im Homeoffice ist ein wichtiges Anliegen der FDP. Ausgerechnet wegen des Coronavirus arbeitet ein grosser Teil der Bevölkerung wochenlang von zu Hause aus – ob freiwillig oder unfreiwillig. Das könnte auch eine Chance sein.

Unbestritten: Das Coronavirus bringt viel Leid und enorme Herausforderungen mit sich. Doch in manchen Krisensituationen liegen auch Chancen. Corona zwingt uns, unseren Alltag anders zu organisieren, vermehrt digitale Mittel (z.B. Videokonferenzen) zu nutzen und bisherige Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen – so etwa, warum viele von uns im bisherigen Alltag jeden Tag zur «Rush-Hour» in den Zug stiegen, um zur Arbeit zu pendeln oder eine Sitzung abzuhalten. «Natürlich können

wollen nicht alle ihre Arbeit und ihre Termine von zu Hause aus erledigen», sagt Hans-Jakob Boesch, Präsident der FDP Kanton Zürich. «Aber diese Ausnahmesituation zeigt uns, was heute alles auf digitalem Weg gemacht werden kann. Darauf sollten wir in Zukunft aufbauen, denn es kann unser Leben klar erleichtern.»

### Weniger Stau, bessere Work-Life-Balance

Auch Ständerat Damian Müller schätzt Homeoffice:



Gina Zehnder kurz vor einer Videokonferenz.

«Natürlich fehlen mir die sozialen Kontakte. Aber wir können auch Positives in die Zukunft mitnehmen. Wenn wir mehr im Homeoffice arbeiten, können wir Arbeitswege einsparen und so Strassen, ÖV und Umwelt entlasten. Und wir haben mehr Zeit für Familie und Freunde.» Gina Zehnder, Geschäftsführerin der FDP Kanton Basel-Landschaft, sagt: «Neben der Arbeit für die FDP mache ich ein Doktorat und kann so flexibel einteilen, wann ich doktore und wann ich arbeite. Das fördert die Effizienz. So bringt Homeoffice Vorteile für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.» Nicht zuletzt kann Homeoffice helfen, die Balance zwischen Arbeit und Privat- bzw. Familienleben zu verbessern. In diesem Sinne bringt Corona zwar vorübergehend schmerzhaft Einschnitte in die Freiheit aller mit sich, zeigt aber auch auf, wie wir die Chancen von Fortschritt und Digitalisierung nutzen können, um die persönliche Freiheit in Zukunft noch zu steigern.



Damian Müller bei der Kommissionarbeit im Homeoffice.



«Homeoffice ist auch nach Corona eine Option», so Hans-Jakob Boesch.

**Digitaler Stammtisch** 🍷 💬  
Alle Stammtisch-Termine auf unserer Website, laufend aktualisiert

**Herausgeberin / Redaktion / Inserate:**

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

**Layout:**

CH Regionalmedien AG | www.chregionalmedien.ch

**Druck:**

CH Media Print AG | www.chmediaprint.ch



**FDP**

Die Liberalen  
Thun Nord

**SAVE THE DATE**

# Nationale FDP-Sternwanderung

Freisinniger Wandertag mit FDP-Parlamentarier und Parlamentarierinnen.

**29. August 2020**

**Treffpunkt: Region Thun**

**Zwischen 08:30 Uhr und 10:00 Uhr, Beginn der Wanderung**

**Ab 12:00 Uhr Eröffnung des Festbetriebs**

**16:00 Uhr, Ende**

[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

Durchführung des Wandertags mit Vorbehalt infolge Coronavirus-Situation.